

Die Fachgruppe Gymnasium hatte Brigitte Litfin, die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im niedersächsischen Landtag, zu Gast, Thema der Veranstaltung „Schule und Deregulierung“. Angesichts der Pläne der SPD-Regierung zur Staatsmodernisierung im Schulbereich ein aktuelles Thema.

Schaut man sich die Bundestagswahlergebnisse für Niedersachsen an, sieht es nicht danach aus, dass die SPD wieder die absolute Mehrheit erreichen und allein die Regierung bilden wird. Die Bündnisgrünen gelten als mögliche Koalitionspartner.

Brigitte Litfin führte aus, dass sie viel davon halte, die Eigenverantwortung der SchülerInnen und der LehrerInnen zu stärken und die Selbstständigkeit der Schulen zu erhöhen. Bereits vor acht Jahren hätte ihre Fraktion dazu einen Antrag gestellt.

Trotz allen Regierungs-Redens von Autonomie und neuer Freiheit für die Schulen, so Litfin, habe in den letzten Jahren die Reglementierung eher zugenommen an den Schulen. Die TeilnehmerInnen verwiesen in diesem Zusammenhang zustimmend auf immer größer werdende Klassen und Kurse, die Leistungsüberprüfungen in 10 und die verbindlichen Arbeitstage. Kritisiert wurde insbesondere die enge thematische Festlegung für die Mathematikprüfungsarbeiten im Dezember, die zahlreiche Schulen dazu gezwungen hätten, ihre im Rahmen der Rahmenrichtlinien selbstständig festgelegte Jahresplanung wieder zurückzunehmen.

Um eigene Schritte in die Selbstständigkeit zu tun, so die Referentin, bräuchten die Schulen unbedingt Zeit und Ruhe. Nur unter solchen Bedingungen könnten Schulen, ausgehend von den jeweiligen Bedingungen der einzelnen Einheit, Schulprogrammarbeit leisten, Qualitätsziele erarbeiten, ihre Stärken herausarbeiten und auch ihre Schwächen diagnostizieren. Für eine solche Arbeit brauche man Unterstützung von außen, aber nicht durch Beamte der Mittelbehörden, die gleichzeitig Aufsichtsfunktionen wahrnehmen. Die Schulen müssten unabhängig ihre Erfahrungen auswerten können, Kontakte mit anderen Schulen könnten helfen, Wissen zu vernetzen.

Die Bündnisgrüne hob hervor, dass eine externe Evaluation, evtl. auch in Form des Vergleichs von SchülerInnenleistungen, erst dann Sinn mache, wenn Schulen erste Schritte in Richtung Autonomie gegangen seien, wenn sie also bereits selbstständiger sich entwickelten. Die Pläne der Landesregierung hingegen, den Weg zur (vermeintlich) selbstständigen Schule mit der Einführung zentraler Abschlussprüfungen und eines Zentralabiturs zu beginnen, bezeichnete Brigitte Litfin als „geistige Bulemie“. Solche Prüfungen förderten nur das Pauken, gäben aber keineswegs komplex Auskunft über den Wissensstand der SchülerInnen, geschweige denn über die Qualität der pädagogischen Arbeit einer Schule.

Die autonome Schule setze für die bildungspolitische Sprecherin der Grünen keine neue Schulverfassung voraus, Änderungen seien hier aber durchaus nötig.

- Als Leitungsgremium ist eine kollegiale Schulleitung auf Zeit denkbar (z. B. für fünf Jahre). Die SchulleiterInnen müssen für ihre Aufgaben aus- und fortgebildet werden.

- Es muss Gremien an der Schule geben, die die Mitarbeit bestimmter Institutionen und Organisationen der Region zulassen, die z. B. die Kooperation mit der örtlichen Handwerkerschaft, der Musikschule, der Sportvereine möglich machen. Keinesfalls aber sollen solche Gremien bzw. Institutionen für die Schule entscheiden. Also Öffnung der Schule nach außen, aber eine Absage an die Aufsichtsräte à la SPD.

- Die volle Budgetierung der Schulen ist erst dann möglich, wenn alle Schulen kommunalisiert



Der Konkurrenzdruck wird die selbstständige Schule dazu zwingen „Standortnachteile“ auszugleichen. Bildungsvorteile für Einige werden durch Bildungsnachteile für Viele – z. B. Kinder aus ethnischen Gruppen – erkaufte. Bei einem Seminar der GEW-Fachgruppe Gymnasien wurde deutlich, dass eine betriebswirtschaftlich durchgestylte Schule die Entwicklung und Ausbildung der Schüler nicht verbessern wird.
Foto: Manfred Vollmer

GEW-Fachgruppe Gymnasium diskutiert das Thema „Schule und Deregulierung“

DIE SCHULEN BRAUCHEN ZEIT UND RUHE

sind, Notwendige Voraussetzung wäre hier die ausreichende Ausstattung mit Ressourcen (Personal plus Mittel). Die SPD wolle mit ihrer groß herausgestellten Budgetierungsplänen offensichtlich nur Geld einsparen und Verantwortung auf die Schulen verlagern. Zurzeit könne sie nicht einmal die vorhandenen Ressourcen garantieren. Das seien extrem schlechte Bedingungen dafür, die Schulen in die Selbstständigkeit zu entlassen. Mittel von Sponsoren nutzten die Schulen bereits jetzt. Und sie werden es auch in Zukunft tun. Problem dabei: Wie kann eine gerechte Verteilung garantiert werden?

- Die Schule soll die Lehrkräfte aussuchen, die sie für die Schule für geeignet hält. Eingestellt wird (bis zur vollen Kommunalisierung) durch die Bezirksregierung. Problem ist zurzeit das geringe Angebot an ausgebildeten LehrerInnen (32 000 Lehrkräfte werden in den nächsten Jahren gebraucht, aber nur 21 000 machen demnächst einen Abschluss). Bei Engpässen müssen als Ergänzung auch Lehrkräfte ohne Lehramtsausbildung eingestellt werden können, die im Rahmen der Fort- und Weiterbildung allerdings umgehend kompetente Unterstützung bekommen müssen.

Der Überblick zeigt, dass es in vielen Punkten zum Thema Autonome Schule doch erhebliche Unterschiede zwischen grüner und sozialdemokratischer Programmatik gibt. Sicherlich wird es im Rahmen des Landtagswahlkampfes weitere Gelegenheiten geben, die unterschiedlichen Auffassungen der kandidierenden Parteien zur Schulverfassung zu diskutieren.

Den KollegInnen muss klar sein, dass die Pläne für neue Formen der Schulverfassung, oft positiv verpackt in Formulierungen wie „autonome oder selbstständige Schule“, eine Entwicklung fortzuschreiben, die international schon viel weiter fortgeschritten ist, als viele in den Schulen glauben möchten.

Eberhard Brandt, stellvertretender Landesvorsitzender, skizzierte am zweiten Tag des Seminars Haupttendenzen der internationalen Entwicklung.

Die Ergebnisse in aller Kürze:

Bildung, früher unbestritten ein public good, wird international zunehmend als Ware gesehen und privat auf den Märkten gehandelt.

Mögliche Entwicklungen kann man am Beispiel der Post in Deutschland ablesen. In den 80er Jahren habe man die Post zuerst schlecht geredet: defizitär, zu viel Personal, ineffektive Organisation. Der nächste Schritt war die Privatisierung mit all ihren Folgen für das Personal und den Service.

Eine ähnliche Defizitdiskussion gibt es in Deutschland seit einigen Jahren bezogen auf die Schule: schlechte LehrerInnen („faule Säcke“, „Weihnachtsgänse ...“), niedriger Leistungsstandard (PISA), ineffektive Organisation, teuer usw.

Möglicher Endpunkt dieser Diskussion: weitgehende Privatisierung der Schulen, Dezentralisierung, Wettbewerb, Out-put-Orientierung, Lenkung und Leitung nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Verkauft wird vorerst alles als große Freiheit für die moderne Schule.

Steuerungsmittel bleibt dabei aber die Kontrolle der Schule durch zentral gesetzte verpflichtende Standards (z. B. Kerncurricula, regelmäßige Überprüfungsarbeiten) und regelmäßig kontrollierende Agenturen des Staates oder staatlich beauftragter privater Organisationen.

Die Beschlüsse der Landesregierung in Niedersachsen zur selbstständigen Schule bilden international bereits umgesetzte Modelle ab (vgl. z. B. USA, die Niederlande oder Großbritannien). Deswegen war es für die TeilnehmerInnen des Seminars von großem Nutzen, zu hören, wie die regelmäßige Überprüfung praktisch aussehen könnte.

Nach den Vorträgen wurde in der Diskussion hervorgehoben, dass die LehrerInnen die internationalen Entwicklungen unbedingt bewusst zur Kenntnis nehmen müssten, um sich aktiver einzumischen in die aktuelle Auseinandersetzung um die moderne Schule, die oft reformpädagogisch daherkommt, aber in Wirklichkeit eher in Richtung Kosten sparen und Dequalifizierung geht.

Eine billige und betriebswirtschaftlich durchgestylte Schule wird die Entwicklung, Bildung und Ausbildung der SchülerInnen nicht verbessern.

HENNER SAUERLAND